

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 17 des „Illustrirten Sonntagsblatt“ bei.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahrs-Wechsel erlauben wir uns, alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

einzuladen.

Frei ins Haus kostet dasselbe für das ganze Vierteljahr 4 Mark, für den Monat April 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expediteuren, sowie in der Expedition, Zimmerstraße 44, angenommen.

Zu dem bevorstehenden Umzug machen wir unsere Leser noch ganz besonders darauf aufmerksam, die neue Wohnung dem Expediteur rechtzeitig anzugeben, damit in der Bestellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Am 1. April werden wir mit der Veröffentlichung eines höchst interessanten und spannenden Romans aus der Feder Friedrich Gerstäcker's

Im Erkfenster

beginnen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird — soweit der Vorrath reicht — der bisher erschienene Theil des Romans

„Gesucht und gefunden“

sowie das

„Illustrirte Sonntagsblatt“

gratis und franco nachgeliefert.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Quartal zum Preise von 4 Mark entgegen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt.“

Die Arbeiten in den Strafanstalten.

An der Spitze des von den sozial-demokratischen Abgeordneten im Reichstage eingebrachten „Arbeiterschutzes-Gesetzentwurfs“ befindet sich ein Paragraph, der sich gegen die ungerechte Konkurrenz richtet, welche gegenwärtig die Arbeit in den Strafanstalten den sogenannten freien Arbeitern macht.

Wenngleich nun schon viel über diesen Gegenstand geschrieben worden ist, so wollen wir hier die Frage doch noch

einmal besprechen und unseren Lesern die Gründe vorführen, welche gegen die Gefängnisarbeit in ihrer heutigen Form sprechen.

Hierbei wollen wir folgenden wohl kaum bestrittenen Satz in den Vordergrund stellen: „Das beste Gegenmittel gegen die Gefängnis- und Zuchthausstrafen ist stets angemessene Arbeitsgelegenheit.“

Arbeitslosigkeit führt zur Bettelerei und Bagabondage, lehtere zur Lächerlichkeit, diese wieder zur Untreue und zum Diebstahl und zu den Thoren des Zuchthaus.

Daß die Zuchthausarbeit, so wollen wir kurz die Arbeit in den verschiedenen Strafanstalten und Arbeitshäusern nennen, den Arbeitslohn der freien Arbeiter in den betreffenden Zweigen herabdrückt, daß sie aber auch viele Unternehmern schädigt, welche sich den geringeren Arbeitslohn, der für Zuchthausarbeit gezahlt wird, nicht zu Ruhe machen können, ist eine von der Wissenschaft und von der Praxis längst festgestellte und auch wohl unbestrittene Thatsache. Daß aber nicht allein der Arbeitslohn gedrückt wird, daß auch die Arbeitsgelegenheit für die freien Arbeiter gemindert wird, ist seltener betont worden, aber sicher ebenso richtig, wie die beiden ersten Thatsachen.

Die heutigen wirthschaftlichen Zustände beruhen im Wesentlichen auf der freien Konkurrenz, und so lange dieses Prinzip herrscht, so lange ist gerade die Gefangenearbeit völlig unberechtigt, da hier keine freie Konkurrenz eintritt, sondern lediglich eine Scheinkonkurrenz.

Der Staat kann in den Strafanstalten billiger produzieren lassen, als z. B. in seinen Eisenbahnwerkstätten oder in den Tabakwerkstätten der Reichsländer. Und zwar deshalb, weil er diejenigen, welche in den Strafanstalten die Arbeit verrichten, von den Geldern ernährt, die er aus dem Steuerwege von den Staatsangehörigen erhoben hat. Wir brauchen also darüber kein Wort weiter zu verlieren, daß durch die Zuchthausarbeit eine ungerechte Konkurrenz geschaffen wird.

Dem entgegen die Vertheidiger dieser Arbeitsform, daß die Konkurrenz schon deshalb wenig in Frage käme, weil die meisten Fabrikate zum Export bestimmt seien. Das mag in manchen Fällen so sein; eins aber wissen wir genau, daß z. B. die Erzeugnisse des Spandauer Zuchthaus vielfach nach Berlin „exportirt“ werden. Aber selbst den Fall gesetzt, solche Fabrikate würden immer nach fremden Ländern exportirt, so würde dies nur dann aus-

schlaggebend sein, wenn die deutschen Zuchthäuser sich auch neue Absatzgebiete beschaffen hätten. Daß dies nicht der Fall ist, weiß Jedermann.

Man kann aber doch die Sträflinge nicht unbeschäftigt lassen?

Gewiß nicht! Aber wenn wir es hier mit einer Scheinkonkurrenz zu thun haben, so könnte dieselbe stets durch Scheinarbeit verhindert werden, d. h. wenn es keinen andern Ausweg gäbe. Im Freien lassen sich unnötige Wälle auftragen und wieder abtragen und innerhalb der Gefängnisräume lassen sich unzählige Gegenstände verfertigen, die immer wieder zerstört werden können. Dabei läßt der Gefangene ebensogut seine Fertigkeiten, wie bei Fabrikaten, die in den Handel gelangen. Das Eine aber steht wohl fest, daß der Staat in erster Linie um der redlichen Leute willen da ist und nicht um der Verbrecher willen.

Wir wissen recht gut, daß die Verhältnisse viele Menschen ins Gefängnis, ins Zuchthaus bringen, ohne daß man gegen dieselben ein anderes Gefühl hegen kann, als das des größten Mitleids; aber das kann an der Sache selbst nichts Wesentliches ändern, denn solange einmal der Staat Staatsangehörige ins Zuchthaus schiebt, resp. schieben muß, so muß auch der Staat annehmen, daß diese Leute weder redlich noch ordentlich sind, und da darf er um ihrer willen nicht die ehrliche Arbeit beeinträchtigen durch unberechtigte Konkurrenz.

Aber es giebt ein Mittel, auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen wirkliche Arbeit in den Zuchthäusern errichten zu lassen, ohne daß dadurch eine unberechtigte Konkurrenz entstehen würde. Man braucht nämlich lediglich die Bestimmung und die Vorsee zu treffen, daß die Arbeitskraft der Sträflinge den Fabrikanten nur zu demselben Preise zur Verfügung gestellt würde, mit welchem sie die freien Arbeiter bezahlen müssen; wo der Staat aber die Produktion selbst übernimmt, da soll er nicht schlechtere Fabrikate anfertigen lassen resp. sie zu keinem billigeren Preise veräußern, als es die Privatfabrikation thut. Dadurch würde aus der Scheinkonkurrenz eine wirkliche, die vor allen Dingen den Lohn nicht innerhalb der gewöhnlichen Schwankungen drücken könnte.

Der sozial-demokratische Gesetzentwurf macht nun in Bezug auf die ungerechte Konkurrenz den Vorschlag, daß in den Strafanstalten nur für Bedürfnisse des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden gearbeitet werden darf. Auch dadurch wird die verwerbliche Konkurrenz ausgeschlossen. Und in einem Geset-

nichts. Glauben Sie nur, man täuschte Sie, wenigstens in Bezug auf die Waise.“

Es war jetzt an Fritz Rodenburg, den Chef-Arzt anzustarren.

Diese wirren, scheinbar zusammenhangslosen Reden, was hatte das zu bedeuten? Fritz beobachtete ihn mit einem Blicke, der sich sehr wenig von dem unterschied, mit welchem er einen Menschen betrachtete, aber dessen geistige Zurechnungsfähigkeit er ein Urtheil abzugeben hatte; und es fehlte wenig daran, so kam er auf den Gedanken: in dem Hirn des Herrn Chef-Artes ist es nicht ganz in Ordnung.

Lady Davis und Mrs. Forster — der Kummer der Einen und die Krankheit der Andern — das würfelte er Alles ohne eine sichtbare Ideenverbindung durch einander.

Fritz begann eben darüber nachzudenken. Wer weiß, ob ihn nicht das Nachdenken auf die richtige Spur gebracht hätte, daß zwischen den scheinbar zusammenhangslosen Worten des Chef-Artes dennoch ein innerer Zusammenhang sei.

Er wurde aber gestört in seinen Betrachtungen durch die Meldung eines Dieners, daß soeben ein fremder Herr angekommen sei, der ihn zu sprechen wünsche, und der ihn in seiner Wohnung erwarte. Auf die Frage des Doktors, wer der Herr sei, erhielt er die Antwort, es sei derselbe alte Herr, der ihm schon einmal hier seinen Besuch gemacht hätte.

Die Freude brachte Fritz von dem Gedankengange, den er eingeschlagen hatte, ab. Er erhob sich und sagte, während er sich von Mr. G Jefferson verabschiedete:

„In Bezug auf Mrs. Forster muß es natürlich bei der Berabredung bleiben; in Bezug auf Miß Ely aber haben wir die Pflicht, sie nicht mehr zu behandeln wie eine Gefangene, sondern ihr jetzt schon jede Freiheit, die sie wünscht, zu gestatten. Jeder Tag kann ihr die Freiheit bringen.“

Mr. G Jefferson hörte ihn kaum. Er rannte im Zimmer auf und ab, den Kopf gesenkt, die Hände auf dem Rücken gefaltet, wie ein Mann, der vollkommen ratlos dasteht.

Als Fritz schon die Thür in der Hand hielt, rief er ihm noch nach:

„Sie haben gesehen, daß alle Nachforschungen vergebens sind.“

„Im Gegentheil, Hr. G Jefferson, ich habe die Eltern der Miß Ely ermittelt.“

„Was?“

„Mr. G Jefferson fuhr von seinem Stuhl empor, als ob er eine übernatürliche Erscheinung erblickte und starrte Rodenburg an, als ob er nicht ein Mensch, nicht sein Kollege, sondern irgend ein Dämon wäre, der plötzlich vor ihm aufgetaucht sei.“

Dieser fuhr in demselben ruhigen und ernsten Tone fort:

„Der Vater Miß Ely's lebt nicht mehr; aber ihre Mutter lebt und betrauert bis heute ihr Kind als todt. Die Mutter wird das Kind reklamiren, sobald sie weiß, daß es lebt.“

„Sie haben der Mutter noch keine Nachricht gegeben?“

„Nicht geben können, weil sie sich auf Reisen befindet, und man ihren Aufenthalt nicht kennt.“

„Wer ist die Mutter?“

„Lady Davis!“

Ebenso plötzlich wie Mr. G Jefferson von seinem Sitze emporgeschleunigt war, sank er bei diesen Worten auf denselben zurück. Er ließ die Hände sinken und starrte sprachlos einige Sekunden den Sprecher an.

„Lady Davis!“ rief er nach einer langen Pause, die auch Fritz nicht unterbrochen hatte. „Das ist unmöglich!“

Fritz war im höchsten Grade verwundert über das Benehmen des Chef-Artes. Er begriff nicht, warum das unmöglich sein sollte; und noch weniger begriff er, wie diese Nachricht ihn so sichtlich erschrecken konnte.

„Ich habe die unwiderleglichsten Beweise,“ versetzte er mit derselben Ruhe und Sicherheit, welche die Ueberzeugung verleiht. „Selbst das Kennzeichen, die durchstichene Karte, ist vorhanden.“

„Mein Gott, Mr. Rodenburg, wenn das Alles wahr ist. Welch ein Zufall! Ich muß dennoch Mrs. Forster sprechen. Mein Himmel, Lady Davis verweist? Sie muß heute entlassen werden; es geht nicht, daß wir sie noch einige Tage hier behalten. O, nein, nein, es ist ein Irrthum! Sie ist nicht wahnsinnig. Tiefe Trauer, weiter

Feuilleton.

128 Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dux.

(Fortsetzung.)

„Ob ich diesen Ruf, von dem Sie sprechen, verdiene, weiß ich nicht. . . . Ich werde von heute den jungen Mann besuchen, und falls ich Ihre Vermuthung seiner Unheilbarkeit theilen muß, werde ich ihm rathen, nach Deutschland zurückzukehren und einen billigeren Aufenthalt zu suchen. . . . Sie haben mir sonst nichts Dringendes mitzutheilen, Mr. G Jefferson?“

„Ich wüßte nicht gleich. . . .“

„So darf ich wohl auf den Gegenstand kommen, aber welchen ich mit Ihnen Rücksprache zu nehmen wünsche?“

„Ah! Wichtig. Ich vergaß, daß Sie mir auch eine wichtige Mittheilung zu machen hatten.“

„Eine Mittheilung, die nicht minder wichtig für Sie und die Anstalt ist, Mr. G Jefferson. Sie betrifft eine andere Patientin, Miß Ely.“

„Ah, ich weiß, Mr. Rodenburg, daß Sie sich für diese junge Dame außerordentlich interessieren. Ich räume auch ein, daß es um ihren Zustand nicht so schlimm steht.“

„Nicht so schlimm, Mr. G Jefferson? . . . Miß Ely ist niemals geisteskrank gewesen. Wenn sie, nachdem sie dreizehn Jahre unter Geisteskranken gelebt, gerade in einem Alter, in welchem Bildung und Erziehung am sichtbarsten wirken, sich nicht gerade ganz so benimmt, wie eine Dame, welche während dieser Jahre in der guten Welt gelebt hat, so ist das kein Zeichen ihres Wahnsinns, sondern die traurige Folge des großen Unrechts, das man an ihr beging.“

„Zugestanden, daß Sie recht haben, so sagte ich Ihnen bereits, daß ich darin nichts thun kann. Sie selbst haben sich ohne Zweifel aus den Akten bereits überzeugt.“

„Ich weiß Alles, Mr. G Jefferson, weiß unter welchen Umständen allein Miß Ely ihre Freiheit wieder erhalten kann.“

entwurf paßt dieser Vorschlag allerdings besser, als die Bestimmung, daß die Arbeitskraft der Sträflinge den Fabrikanten nur zu demselben Preise zur Verfügung gestellt werden soll, mit welchem sie die freien Arbeiter bezahlen müssen.

Freilich bleibt aber immer noch der wunde Punkt zurück, daß die Zuchtarbeit die Arbeitsgelegenheit der freien Arbeiter vermindert. Wir haben aber im „Vollblatt“ schon oft erwähnt, daß der Staat die Mittel in der Hand hat, die Arbeitsgelegenheit im Ganzen zu vermehren. Dazu hat er nicht nur die ökonomische Macht, sondern auch die politische Pflicht.

Doch es könnte — allerdings nur durch eine neue, bedeutende Organisation des ganzen Strafverfahrens und Gefängniswesens — eine andere Lage, besonders in Bezug auf die Arbeitsgelegenheit auch nach der Entlassung der Sträflinge für dieselben geschaffen werden. Wir meinen natürlich nicht die Arbeitshäuser, wie sie jetzt bestehen, vor denen die Sträflinge gewöhnlich mehr Furcht haben, als vor dem Zuchthause selbst.

Wir meinen Arbeitskolonien zur Urbarmachung unwirthlicher Strecken unseres Vaterlandes. Dortin müßten alle diejenigen geschickt werden, die nur ein leichtes Vergehen begangen, dann diejenigen, welche sich besonders gut in den Strafanstalten geführt und alle Sträflinge ein halbes Jahr vor ihrer Entlassung. Ferner wäre dort Raum vorhanden für alle aus den Strafanstalten Entlassenen, die keine andere Arbeit erhalten könnten und für die zu Arbeitshäusern verurtheilten sogenannten Bagabunden. In diesen Arbeitskolonien aber müßten neben der notwendigen Ordnung, liebevolle Behandlung und größtmögliche Freiheit auf die dort Beschäftigten segensreich einwirken.

Dann würde die Frage der Arbeit für Sträflinge und Entlassene, wenn auch nicht endgiltig, so doch zum Theil gelöst sein, dann würde nicht nur die Rückfälligkeit sich vermindern, es würde auch die Zahl der Vergehen und Verbrechen selbst bedeutend verringert werden, denn diese so gut, wie Bettel und Bagabondage, haben, wie schon angebeutet, meistens ihren Ursprung in der Arbeitslosigkeit.

Politische Uebersicht.

Ueber die Einwanderung russisch-polnischer Elemente in die östlichen Provinzen Preussens wird der offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendes geschrieben: „Der Anfang, welchen die Einwanderung russisch-polnischer Elemente in unsere östlichen Provinzen genommen hat, ist im Laufe der letzten Jahre ein so erheblicher geworden, daß er nicht nur die Beachtung der Regierungsgewalt, sondern zugleich auch die Aufmerksamkeit der national gekanteten Presse auf sich gezogen hat. Während einerseits zwar Uebereinstimmung darüber herrscht, daß dieser Zugzug eine in wirtschaftlicher Beziehung nicht unwillkommene Ergänzung der durch die Auswanderung stark gelichteten ländlichen Arbeitskräfte jener Gegenden in sich schließt, kann man sich andererseits doch nicht verhehlen, daß die Durchsetzung der Bevölkerung mit schwer zu assimilirenden fremden Elementen Gefahren und Unzuträglichkeiten der ersten Art im Gefolge haben muß, denen gegenüber jene wirtschaftlichen Vortheile (1) zurücktreten müssen. Die angeführten Ermittlungen haben ergeben, daß die Besorgnisse vor einer vollständigen Verdrängung der nationalen Verhältnisse einzelner dem Zugzuge von Ueberläufern besonders ausgeprägter Grenzdistrikte nicht übertrieben sind. Gegenüber einer Erscheinung, die, wenn sie weiteren Fortgang nehmen sollte, zu einer förmlichen Kolonisierung gewisser Grenzgebiete des Staates führen müßte, kann die der Staatsregierung obliegende Aufgabe nicht zweifelhaft sein. Wie wir vernehmen, sind die erforderlichen Anordnungen bereits getroffen, um sowohl fernem Zugzuge einen Riegel vorzusetzen, als auch durch Zurückweisung in die Heimat dem Ueberzuge der Elementen ein Ziel zu setzen.“ — Dieser offiziöse Sprach klingt recht befremdlich. Es soll eine Beschränkung der Einwanderung russisch-polnischer Arbeiter stattfinden, aber nicht etwa, um die „nationale Arbeit“ zu schützen, sondern um die Kolonisierung gewisser Grenzgebiete zu verhindern. Woher kommt es denn aber, daß in diese Gegenden so verhältnismäßig viel ausländische Arbeiter strömen? Was und wer hat hierzu Veranlassung gegeben? — Die Sache liegt sehr einfach. Die Arbeiter in den östlichen Provinzen sind zwar sehr anspruchslos, aber die russisch-polnischen Arbeiter noch „bescheidener“ und „anspruchloser“. Das veranlaßt die Herren Grundbesitzer und Industriellen jener Gegenden, recht

viele bescheidene Arbeiter zu engagieren, der Profit war ihnen jedenfalls die Hauptsache. Die dortigen einheimischen Arbeiter mußten natürlich ihre Heimat verlassen, sie wanderten größtentheils nach Amerika aus, wo sie eine bessere Existenz zu finden hoffen. So ist es mit der Zeit dahin gekommen, daß die so sehr „nationalen“ Arbeitgeber in jenen Gegenden jetzt fast ausschließlich russisch-polnische Arbeiter beschäftigen. Originell ist die Behauptung in dem Schriftstück, daß in wirtschaftlicher Beziehung der Zugzug übereinstimmend als eine willkommene Erscheinung betrachtet werde. — Es geht doch nichts über die Beschaffenheit gewisser Leute, wenn es sich um die einfachsten national-ökonomischen Dinge handelt. Daß die ganze Gegend schließlich der Verarmung anheim fallen muß, weil die bedürftigsten Arbeiter wenig oder nichts konsumieren, das können oder wollen diese Leute nicht begreifen. Sie verwechseln sich mit dem Volk und glauben daher, daß, wenn sie die Bewirthschaftung ihrer Güter oder den Betrieb ihrer Fabriken in Folge der Bemügun „bescheidener“ Arbeiter billig demerksstelligen können und demzufolge wohlhabender werden, daß dann auch die ganze Gegend wohlhabender geworden ist. Der geplanten Einschränkung der Einwanderung fremder Arbeitskräfte, könnten wir nur von den angezogenen Gesichtspunkten aus zustimmen, nicht deshalb, weil wir eine Kolonisierung preussischer Distrikte befürchten.

Zum Saarbrücker Bergwerkunglück schreibt ein konservatives sächsisches Blatt folgendes: „Für die Bergarbeiter und ihre Hinterlassenen in Saarbrücker Kohlenbäuden sollte die öffentliche Mitthätigkeit sich recht bald kräftig regen. Man hat hier ja nicht eine Ueberrichtung zu befürchten wie bei der Bismarckpende, daß gewisse Patrone in Berlin die gesammelten Gelder eigenmächtig zu Zwecken verwenden wollen, die den Spendern vorher verheimlicht wurden. Nein, was für die Opfer der Grubenkatastrophe eingeht, das kommt auch wirklich den Bergleuten und ihren Hinterbliebenen zu Gute! Das Unglück ist so groß und so erschütternd, daß kein edles Herz zögern wird, wohl zu thum. Obgleich es eigentlich Sache des Staates wäre, dem die Unglücksgrube gehört, für die bedrängten Familien zu sorgen, so kommt doch die staatliche Unterstützung ersparungsmäßig so spät, daß das Geld unabsehbar werden würde, wenn die Privatwohlthätigkeit nicht sofort mit offener Hand zur Stelle wäre. Ein trauriges Beispiel für die Schwerfälligkeit des preussischen staatlichen Organismus in derartigen Fällen liegt gerade jetzt wieder vor. Jetzt endlich bringt die preussische Regierung einen Gesetzentwurf ein, der die Unterstützung der durch Hochwasser beschädigten Distrikte Westpreussens betrifft. Er fordert zu Deichbauten eine Million, zu privaten Unterstützungen eine halbe Million a fonds perdu. Im Herbst war die Ueberschwemmung und jetzt endlich ist die Staatskasse in Sicht. Was hätte da wohl aus den armen Ueberschwemmten werden sollen, wenn die Privatwohlthätigkeit sich nicht längst ihrer angenommen und wenigstens die allerdringendste Noth gelindert hätte!“ — Daß sich das sächsische Blatt gerade gegen die Schwerfälligkeit der preussischen Verwaltung in solchen Dingen wendet, hat seinen Grund in dem Partikularismus, der noch immer in den sächsischen Konserwativen strukt. In Sachsen wird es „Adens“ sein. Im Uebrigen hat aber das Blatt recht.

Bezüglich der Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen lautet der Beschluß des Bundesraths dahin: 1. daß Maschinisten, von welchen vor dem 1. Januar 1880 auf Fabriken im Sinne des § 2 der Bekanntmachung, betreffend die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen der Handelsflotte, vom 30. Juni 1879, die Maschine eines Seedampfschiffs, wenn auch nur zeitweise selbstständig geleitet worden ist, ein ihren früheren Diensten entsprechendes Befähigungszeugniß zu erhalten, 2. daß diejenigen vor dem 1. Januar 1880 während eines Zeitraums von mindestens 24 Monaten auf Seedampfschiffen in europäischer Fahrt als erste Maschinisten beschäftigt gewesen Maschinisten, welchen bisher das Befähigungszeugniß als Maschinist zweiter Klasse erteilt worden ist, auf Antrag nachträglich ein Befähigungszeugniß als Maschinist erster Klasse zu erhalten haben. — Hinsichtlich der Angaben über die Maschinisten der Seedampfschiffe in den bezüglichen Verzeichnissen hat der Bundesrath beschlossen, daß vom 1. Januar 1885 an 1. von der Verwendung der in den Spezialverzeichnissen enthaltenen Angaben über die Maschinisten der Seedampfschiffe für die Statistik der Seeschiffahrt Abstand zu nehmen und 2. in dem laut Beschluß des Bundesraths vom 29. Juni 1868 alljährlich aufzustellen den Verzeichnisse der Maschinisten der Seedampfschiffe nicht mehr nach effektiven, sondern ausschließlich nach indizierten Postbeständen aufzuführen ist.

Zur Durchführung des Unfallversicherungs-Gesetzes. In den nächsten Tagen, d. h. bis Ende des laufenden Monats, müssen die letzten Generalversammlungen, welche zur Errichtung der Unfallversicherungs-Genossenschaften vom Reichsversicherungsamt berufen wurden, stattfinden. Die vom Gesetz

für die definitive Konstituierung der Genossenschaften vorgeschriebenen Formalitäten sind jedoch so weilläufige, daß trotz aller Beschleunigung noch Monate vergehen werden, ehe die Organisationen für die Unfallversicherung durchweg vollendet und die Vorbedingungen für das Inkrafttreten des Gesetzes allerwärts gegeben sind. Sämtliche Beschlüsse der zahlreichen Generalversammlungen müssen zunächst im Reichsversicherungsamt gesichtet und geprüft werden, wozu bei äußerstem Fleiß eine Reihe von Wochen erforderlich sein wird. Demnach ist geben sie mit dem Gutachten des Reichsversicherungsamts an den Bundesrath, und da es hergebracht ist, daß in wichtigen Angelegenheiten den einzelnen deutschen Regierungen Gelegenheit gegeben wird, zu den Anträgen, welche an den Bundesrath gelangen, rechtzeitig Stellung zu nehmen, so wird die Entscheidung des Bundesraths über die große Zahl der Anträge wohl erst in der zweiten Hälfte des Mai erfolgen können. Die sogenannten zweiten Generalversammlungen, oder richtiger gesagt, die ersten Versammlungen der inzwischen genehmigten Berufs-genossenschaften müssen also frühestens im Laufe des Juli stattfinden können; ehe aber die Genossenschaften als endgiltig konstituiert angesehen sind, muß nach dem Gesetze bei allen noch eine weitere Generalversammlung stattfinden. Man dürfte daher kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß der September herankommen wird, ehe die Formalitäten durchweg zum Abschluß gebracht sind, und daß es der rasstlosen Thätigkeit aller betheiligten Kreise bedürfen wird, wenn, wie man bestimmt erwartet, vom 1. Oktober ab das Unfallversicherungs-gesetz in voller Ausdehnung funktioniren soll.

Aus dem Kamerungebiet wird dem „Reuterschen Bureau“ vom 14. Februar gemeldet: „Da die englischen Kaufleute den Häuptling Vok Briso aus Viktoriastadt nicht bewegen konnten, aus dem Gebüsch, wohin er sich der Sicherheit halber vor einiger Zeit begeben hatte, zurückzuführen, haben sie die Deutschen um Vermittelung und auf Wunsch der Letzteren willigte er schließlich ein, nach Viktoriastadt zu kommen. Nach einigen Unterhandlungen gab er seine Zustimmung zu einem Friedensvertrage mit den Deutschen, und später begab er sich mit einem anderen Häuptling, Namens Bladacqua, nach Abo, einer einige Meilen landeinwärts gelegenen Stadt. Sie wurden von dem deutschen Admiral der Station und dem deutschen Konsul, Dr. Buchner, begleitet. Bei ihrer Ankunft in Abo schienen die Eingeborenen eine etwas feindselige Haltung eingenommen zu haben, denn sie wollten dem Admiral nicht erlauben, die deutsche Flagge aufzuhissen, bis König Bell, der Häuptling, welcher zuerst einen Vertrag mit den Deutschen geschlossen, versprochen hatte, daß er nicht mit dem Vokandulande, welches die Einwohner von Abo als ihnen gehörig betrachteten, Handel treiben würde. Sie hielten den Admiral drei Tage lang fest, bis dieses Versprechen gegeben worden war. Nach seiner Freilassung kehrte er nach Kamerun zurück. Die Eingeborenen von Viktoriastadt sind noch immer im Gebüsch und haben sich bisher geweigert, irgend eines der Annehmlichkeiten anzunehmen, die man ihnen machte, um sie zur Rückkehr zu bewegen.“ — In der vorstehenden Mittheilung ist vieles unklar, namentlich was über Vok Briso gesagt wird. Derselbe soll nach einer allerdings vier Tage späteren Mittheilung des Korrespondenten der „R. Z.“ von den Deutschen gefangen genommen sein. Die „Danziger Zeitung“ erklärt, es falle allgemein auf, daß von unsem westafrikanischen Gesandten fast gar keine sicheren Nachrichten nach Deutschland gelangen. Von „Olga“ und „Bismarck“ sind seit den Verichten über die in Kamerun mit den Schwarzen stattgehabten Besuche im Dezember vorigen Jahres keine weiteren amtlichen oder privaten Nachrichten bekannt geworden. Der „Frankf. Ztg.“ ist schon vor einiger Zeit gemeldet worden, daß selbst die Angestellten der deutschen Faktoreien sich hätten verpflichten müssen, nichts über die Vorgänge in Kamerun nach Deutschland zu melden. Dasselbe wird wohl auch von den 500 Mann der Besatzung der beiden Kriegsschiffe gelten. — Wir haben zu Zeit, als die Kunde von dem Vorgehen der deutschen Kriegsschiffe gegen die Eingeborenen nach hier gelangte, bereits darauf hingewiesen, daß die Schwarzen nunmehr die Küste verlassen und ins Innere des Landes gehen würden, wo sie ungestört und unerschrocken für die deutsche Macht existiren können. So ist es auch gekommen; die englischen (1) Kaufleute mußten den Eingeborenen gute Worte geben und wie oben gemeldet wird, so gar den deutschen Admiral erst herbeiholen; die Schwarzen kamen also nicht zu den Weißen, sondern die Weißen mußten zu den Schwarzen kommen. Der schwarze Mann Afrils weiß also sehr wohl, daß man ihn braucht, daß man ohne ihn nicht fertig werden kann. Daraus ergibt sich aber, daß man mit Kanonen und Flinten wohl Städte einäschern und Menschen tödten, aber nicht den Sohn der Wildnis in Afrika bezwingen kann, wenigstens so lange nicht, als noch unendlich viel Blag für ihn im Innern des Landes ist. — Uebrigens müssen wir bemerken, daß die Anfänge der Kolonialpolitik bereits ungeheure Summen verschlingen, die deutschen Kriegsschiffe liegen nun schon monatelang in Kamerun, zum Schutze

Herr Doktor, ich bin zwar nicht ermächtigt, Ihnen eine Mittheilung zu machen, aber unter den gegenwärtigen Umständen bin ich gezwungen, Ihnen ein Geheimniß zu verrathen, daß mir im Vertrauen auf meine Verschwiegenheit und meine Hochachtung für gewisse Personen anvertraut ist. Keine Macht der Erde hätte je meine Lippen geöffnet, daß ich es verrathe, aber nach Ihren Mittheilungen muß ich es thun. . . Mein Gott, es handelt sich um das Glück einer Frau, welche ich über Alles schätze, an deren Geschick ich Theil nehme, als wäre sie meine eigene Schwester. Mr. Rodenburg, ich muß Sie heute noch einmal sprechen; wenn Ihr Besuch Sie verlassen hat, kommen Sie zu mir, Sie müssen das Geheimniß wissen, und dann wollen wir gemeinschaftlich handeln.“

Fritz bemerkte eine solche Unruhe, eine solche Aufregung an dem Direktor, wie er noch nie bei ihm gesehen. Er ging mit der Ueberzeugung, daß das Geheimniß, welches ihm der Chef-Arzt anvertrauen wollte, eine Sache von der größten Wichtigkeit betreffe.

Siebentes Kapitel.

Fritz Rodenburg war mit einer solchen Gewissenhaftigkeit in seinem Berufe, daß er seine Person, wo es anging, stets hintenan setzte und zu allererst trachtete, seiner Pflicht zu genügen.

Obwohl er wußte, daß ihn in seiner Wohnung ein Gast erwartete, nach dessen Besuch er sich lange gesehnt und über dessen Ankunft er sehr erfreut war, so ließ seine Pflichttreue es doch nicht zu, sich sofort nach seiner Wohnung zu begeben, vielmehr machte er einen Gang durch die Männerstation der Kranken.

Es war ihm, als er seinen Chef verließ, auf's Gewissen gefallen, daß er nach einer zweitägigen Abwesenheit nicht sogleich vor allen Dingen Krankenbesuche gemacht habe, und namentlich die Männerstation diesen Tag noch gar nicht betreten hatte. Außerdem hatte ihm ja Dr. Gesserson gesagt, daß ein neuer Patient angekommen sei.

Natürlich war es Pflicht des Arztes, diesen sogleich zu besuchen.

Der Sturm von Klagen und Bitten, Freudenbezeugungen, Mittheilungen von allerlei theils erfundenen, theils durch die Phantasie des Wahnsinns ausgeschmückten Ereignissen,

nissen, war hier nicht geringer, als in der Frauenstation. Fritz hatte weder Sammlung noch Zeit, sich mit jedem Einzelnen zu beschäftigen.

Er suchte den Sturm auch hier nach Möglichkeit zu beschwichtigen, die Kranken zu beruhigen und auf seinen morgenden Besuch zu vertrosten, und namentlich den Bitten und Klagen so viel und so schonend wie möglich auszuweichen.

Es handelte sich für ihn ja heute hauptsächlich darum, den neuen Patienten zu besuchen.

Der Wärter führte ihn in ein Zimmer, das man diesem angewiesen hatte.

Er fand in demselben einen jungen Mann mit Lesen beschäftigt.

Fritz stellte sich ihm als einen Arzt der Anstalt vor und erkundigte sich theilnehmend nach seinen Verhältnissen. Der junge Mann war ein Jurist, ein Mann von außerordentlich einnehmendem Wesen und geistvollen Zügen, einer fließenden Unterhaltung und einem Gesichtsausdruck, der auch nicht im Mindesten die Spuren des Wahnsinns an sich trug.

Die Unterhaltung mit dem jungen Manne zeigte Fritz denn auch klar, daß er es hier nicht, wie Mr. Gesserson vermuthet hatte, mit einem unheilbaren Kranken zu thun habe, sondern mit einem Falle, dessen Heilung nach seiner Ansicht eine außerordentlich leichte sei. Der junge Mann sprach durchaus vernünftig, und namentlich wenn Fritz das Gespräch auf Gegenstände seines Berufes lenkte, entwickelte er einen großen Scharfsinn, eine glänzende Beredbarkeit und ein tiefes Wissen, und doch war eine Geistesstörung, eine fixe Idee vorhanden.

Schon zu Anfang der Unterredung hatte Fritz bemerkt, daß der Mann unaufhörlich an seinem Ohr vorbei in die Luft griff, als wollte er irgend ein Insekt dort fangen.

Fritz hielt Anfangs diese Geberde als eine able Gewohnheit.

Nachdem er sich überzeugt hatte, daß der Geist des jungen Mannes auf keine Weise zerrüttet sei, kam er auf diese Geberde zu sprechen.

„Was haben Sie da?“ fragte er den jungen Mann.

„Es thut mir leid, Herr Doktor,“ sagte der Patient

mit einer halb verächtlichen Bewegung des Kopfes, „daß Sie nicht sogleich mein Uebel erkannt haben. Das mir's wohl gleich gedacht, daß man mich hier eben so wenig von meinem Uebel befreien wird, wie es in der vorigen Anstalt geschehen ist.“

„Ah! Sie waren bereits in einer anderen Heilanstalt?“

„Bereits ein halbes Jahr; allein die Aerzte waren dort so kurzichtig wie Sie, Herr Doktor. Bedauere, daß, wie liebenswürdig Sie auch sonst zu sein scheinen, Ihr Ruf doch nicht ganz gerechtfertigt scheint.“

„Und worin besteht Ihr Uebel?“

„Nun, sehen Sie denn nicht, daß mir unaufhörlich eine Biene ums Ohr herum summt?“

Jetzt hatte Fritz den Sitz des Wahnsinns entdeckt und sofort nach seiner ihm eigenhümlichen Methode einen Weg der Heilung gefunden.

„Sie werden darüber lachen,“ fuhr der Kranke fort, „wie die Aerzte der anderen Anstalt lachten, so oft ich ihnen das sagte; und doch ist es so.“

Wieder griff er mit der Hand nach dem Ohre und bog den Kopf bei Seite, als ob er sich schätzen wolle vor dem Stiche des Insekts.

Fritz war aber weit entfernt zu lachen, wie die anderen Aerzte gethan hatten, sondern mit großem Ernst antwortete er:

„Erlauben Sie, daß ich nachsehe, ich bin ein wenig kurzichtig.“

Er nahm seine Brille ab, reinigte dieselbe mit dem Taschentuche, als ob er sich ganz ernstlich vorbereite, genau nachzusehen.

Dann setzte er sie wieder auf und beugte sich zu ihm herüber und sagte mit dem ernstesten Gesicht von der Welt:

„Ganz recht, mein Herr, da ist ja die Biene. . . . O, jetzt sehe ich sie deutlich. Freilich, das ist fatal, sehr unangenehm, und muß ja bei Ihrem Stubiren sehr störend für Sie sein.“

„Sehen Sie die Biene wirklich?“ fragte der Kranke, sichtlich erfreut.

„Vollkommen deutlich!“

„Da haben wir's! . . . Bis jetzt haben Alle gesagt, ich täuschte mich. Ich wußte ja, daß ich mich nicht

Lohn und Lebensunterhalt der Arbeiter.

(Hamb. B.-Ztg.) Was braucht ein Arbeiter zum Unterhalt und wofür braucht er es? Diese Fragen sind oft aufgeworfen und oft beantwortet worden, nicht zum wenigsten von Arbeitern selbst; doch selten hat die Beantwortung derselben genügende Klarheit verschafft.

Wir haben hier wiederum eine Beantwortung der gebräuchlichsten Fragen vor uns, die ein Pfarrer im neuesten „Arbeiterfreund“ giebt. Derselbe beschreibt „die Lage der ländlichen freien Arbeiter in einer der reichsten und fruchtbarsten Gegenden im preussischen Staate, im Magdeburgischen“ und giebt eine auf mehrjährige Beobachtung gegründete genaue Berechnung der Jahreseinnahme und Jahresausgabe einer ordentlichen Arbeiterfamilie, in welcher der Mann unermüdblich thätig, die Frau sparsam ist, mit 3 schulpflichtigen Kindern.

Als Jahreseinnahme werden für den Mann berechnet M. 475 — nämlich 250 Tage je M. 1,50 und 50 Tage je M. 2, — für die Frau M. 120 — 60 Tage je 80 Pf. und 36 Tage je M. 2, — und für zwei der Schulkinder zusammen M. 40. Dies giebt zusammen M. 635.

Als Jahresausgabe wird die Nahrung zu M. 519,60, die Wohnung und Heizung zu M. 108, Kleidung und Schuhwerk zu M. 155, Steuern und Abgaben zu M. 21,06 berechnet. Das Ergebnis ist, daß eine Arbeiterfamilie im Magdeburgischen bei einigermaßen genügender Ernährung M. 803 braucht, bei sehr eingeschränkter Ernährung aber mit M. 674 auskommen kann.

Wir wollen nun noch annehmen, daß in der ausgeworfenen Summe für Nahrung auch die Ausgabe für einige Glas Bier — natürlich einfaches — und für etwas Kaffee und Kuchen auf einem Volksfeste enthalten ist, denn ohne jegliches Vergnügen kann keine menschliche Familie existieren, auch nicht eine Arbeiterfamilie auf dem Lande bei Magdeburg.

Ferner wollen wir das Licht in die Summe für Wohnung und Heizung, Seife und allerlei kleines Geräthe in die Summe für Kleidung und Schuhwerk hineinrechnen. Dann fehlt aber immer noch die Ausgabe für Schulbücher, für eine Zeitung, für das Lesebüchlein überhaupt, und auch jede unvorhergesehene Ausgabe fällt außer aller Berechnung.

Und wo bleibt der Spargroschen, von dem man in der gegenwärtigen Zeit so viel Aufhebens macht? Davon kann natürlich hier nicht die Rede sein.

Bei „sehr eingeschränkter Ernährung“ kann die Arbeiterfamilie in reichen Magdeburgischen Landen, wie der brave Pastor genau „gestützt auf mehrjährige Beobachtung“ ausrechnet, mit M. 674 auskommen; bei großem Fleiße und unermüdblicher Thätigkeit erhält dieselbe Familie einen Arbeitslohn von M. 835. Da ist dann noch ein Defizit von M. 39 vorhanden, welches auf die „sehr eingeschränkte Ernährung“ gelegt werden muß.

Eingeschränkt, eingeschränkter, sehr eingeschränkt! Und auf dieses „sehr eingeschränkt“ muß dann nochmals der Komparativ folgen: eingeschränkter noch, als sehr eingeschränkt. Das bedeutet bei der Ernährung nichts anderes, als den Hunger!

Der größte Posten aber in der Nahrung ist, wie unser scharfsichtiger höchst glaubhafter Gewährsmann bemerkt, das

Brot, in Summa jährlich M. 182. „Daran kann“ nichts gespart werden!“

Uebrigens stimmt diese Berechnung auch mit der Berechnung, die in Dresden angestellt worden ist, wo die wöchentliche Ausgabe einer Arbeiterfamilie für Brot, mit Weißbrot, gleichfalls 3,50 M. beträgt, macht jährlich 182 M. Auch die Reichsregierung hat den Brotbetrag eines einzelnen Mannes auf täglich 15 Pf. berechnet, das ist jährlich 54,60 M. Rechnet man auf die Frau und die schulpflichtigen Kinder je 40 M. und den Rest (7,40 M.) für Weizengebäck, so trifft auch nach dieser Rechnung die angegebene Summe zu.

Keine Gesellschaftsklasse giebt im Verhältnis zu den anderen Ausgaben soviel für Nahrungsmittel aus, wie die Arbeiterklasse. Die Wohnung kostet den besser Situirten meist den vierten Theil des Einkommens, während sie bei dem Arbeiter den sechsten Theil im Durchschnitt beträgt. Es liegt ja dies auf der Hand, da dem besser Situirten doch noch genug übrig bleibt zu einer guten Ernährungsweise, während der Arbeiter zunächst für die Nahrung sorgen muß, um weiter arbeiten zu können.

Auf den meisten nothwendigen Nahrungsmitteln aber liegen Bölle und Steuern, die im Verhältnis zu den anderen Klassen der Bevölkerung die Arbeiter am schwersten bedrücken; diese Steuern wirken nach unten förmlich progressiv.

Und nun erhalten wir noch die Erhöhung des Kornzolls, der Brotsteuer, um das Dreifache. Der Zoll wirkt hier wie eine indirekte Steuer, der Konsument muß ihn zahlen.

Was aber bei einer Arbeiterfamilie nach dem oben aufgestellten Ausgabebudget eine Erhöhung des Brotpreises bedeutet, das sollte Jedem klar sein.

Dafür die Verantwortung zu übernehmen, dazu gehört in der That großer Mut, wenn man nicht ein anderes bezeichnenderes Wort gebrauchen will.

Ein braver, ehrenwerther, wahrscheinlich konservativer Pastor hat die obigen Aufstellungen über den Unterhaltsbedarf einer ländlichen Arbeiterfamilie gemacht; ihn wird man wohl nicht als einen Aufseher der Arbeiter von Seiten der gouvernementalen Presse zu bezeichnen wagen. Jedem Andern könnte dies leicht passieren — wenn ein Demokrat obige Aufstellungen gemacht haben würde, gewiß wäre Herr Pindter flugs bei der Hand, um denselben mit Kübeln voller Schmähsprüche zu überschütten.

Doch die Wahrheit bleibt die Wahrheit — und hier zeigt sie uns, daß zahlreiche Arbeiterfamilien in Deutschland — im Osten Preußens ist es noch viel schlimmer, als im Magdeburgischen — den nothwendigsten Unterhalt nicht bestreiten können, daß bei ihnen die Ernährung eine im Vergleich zu ihrer Arbeitsleistung völlig ungenügende ist.

Wahrlich, traurige Zustände!

Politische Uebersicht.

Der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Benzig im 15. sächsischen Wahlkreise, erstattet von dem Abg. Liebknecht, giebt von einer interessanten und wichtigen Prinzipienfrage Kenntniss, die wir im Folgenden mittheilen: „Gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Benzig war ein Protest eingegangen, der sich vornehmlich darauf stützte, daß eine Anzahl von Wählern, welche Schulgeld restierten, von den Wählerlisten ausgeschlossen waren. Es fragt sich nun, ob die Ausschließung der Schulgeldrestanten vom Wahlrecht eine gesetzliche Maßregel ist, ob diese Personen als solche zu betrachten sind, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen, wie es das Reichswahlgesetz für die Bundesstaaten der Wahlberechtigung vorschreibt. Die Kommission kam bei eingehender Prüfung dieser Rechtsfrage zu der Ueberzeugung, daß nach der sächsischen Armengesetzgebung die Behörden allerdings formell im Recht gewesen sind, solche Personen von den Wählerlisten auszuschließen. Es wurde deshalb auch die Gültigkeit der Wahl des Abg. Benzig beantragt. Andererseits wurde aber auch anerkannt, daß die Ausschließung solcher Wähler offenbar nicht die Absicht der fraglichen Bestimmung des Reichswahlgesetzes gewesen sei, daß in keinem anderen Bundesstaate eine gleiche Praxis obwalte, daß auch in anderen sächsischen Wahlkreisen die Behörden dieses Verfahren nicht angewendet haben, daß somit eine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit in dem betreffenden Einzelfall vorliege, und daß durch die Verschiedenheit der Armengesetzgebung in den Bundesstaaten eine thatsächliche Verschiedenheit des Wahlrechts in denselben bedingt und für einzelne Staaten eine Beschränkung des Wahlrechts herbeigeführt werde. Die Wahlprüfungs-Kommission beantragte daher gleichzeitig, der Reichstag möge den Reichskanzler ersuchen, in Erwägung zu ziehen, wie die Verschiedenheiten, welche nach § 3 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes in Bezug auf den Ausschluß von aktiven Wahlrecht in Folge Armenunterstützung in den einzelnen Bundesstaaten bestehen, zu beseitigen sind.“

Ueber die Kommandirung und Beurteilung der Militäranwärter im Interesse ihrer Dienstverföhrung trifft eine Kabinettsordre vom 20. d. M. anderweitige Bestimmungen. Danach haben die Militäranwärter, welche zwecks Beschäftigung (auf Probe) zu einer den Militäranwärtern vorbehaltenen Stelle kommandirt sind, während der Dauer ihres Kommandos unter Wegfall aller sonstigen Gehaltsansprüche mit Ausnahme der Grobmonatirungsstücke ein festes monatliches Einkommen, welches gegen die früheren Sätze (§ 33 des Geldverpflegungreglements vom 24. Mai 1877) nicht unerheblich vermehrt ist, zu beanspruchen. Es erhalten nämlich, für den Fall, daß sie Familie (Frau oder Kind) haben, die Feldwebel, Hauptmeister, Oberfeuerwerker und Kohlräte monatlich 100 M., die Bisfeldwebel z. 90 M., die Sergeanten, Feuerwerker z. 80, die Unteroffiziere, Lazarethgehilfen, etatsmäßigen Hoboisten mit Unteroffiziersrang 70 und die Gefreiten und Gemeinen 60 M. Für den Fall, daß sie unverheiratet sind, erhalten die Feldwebel z. 90 M., die Bisfeldwebel z. 75, die Sergeanten z. 80, die Unteroffiziere z. 50 und die Gemeinen z. 40 M. Die früheren Sätze waren für die Chargen in vorgenannter Reihenfolge, gleichviel ob die betreffenden verheiratet oder unverheiratet waren, 84, 66, 54, 42 und 21 Mark. Erreicht das Einkommen, welches die Kommandirten von der Zivilbehörde beziehen, die obigen neuen Beträge nicht, so wird ihnen das Fehlende vom Truppenheil gezahlt. Die Unteroffiziere, welche nach Beendigung einer jährigen Dienstzeit, aber vor Erlangung des Zivilversorgungsscheins bei einer militärisch organisierten Gendarmarie oder Schuymannschaft ihre Probeweise ableisten sollen, dürfen nur in vakante Stellen und auch nur dann kommandirt werden, wenn die Zivilbehörde sich bereit erklärt hat, sie aus dem Stelleneinkommen, sobald dieses vakant wird, zu besolden. So lange sie aus dem Stellengehalte noch nicht bezahlet werden können, empfangen sie lediglich die Garnisongehälter vom Truppenheil.

Wegen Landesverrathe soll in Flensburg der Premierlieutenant v. W. verhaftet worden sein. Herr v. W. ist kürzlich von Polen nach Flensburg verlegt. Er ist dringend verdächtig, Festungspläne an die russische Regierung verkauft zu haben.

Frankfurt a. M. Die Untersuchung gegen Viecke, soweit sie dessen Beteiligungen an der Ermordung des Polizeiraths Dr.

schon versammelt waren, sehnstichtig erwartet. Von allen Seiten stürmte man auf ihn ein und jeder strebte danach, einen Händedruck mit ihm zu wechseln.

Nur dort, wo die Minister saßen, ging es wie ein Gemurmel der Unzufriedenheit durch die Reihen, aber wenn Onno, so hieß der hochgewachsene Mann, sein großes dunkles Auge erhob und hinüberblickte, dann verstummte alles.

Dann begann man zu debattieren. Was es war, es kümmerte Onno wenig und auch wir brauchen den Reden nicht viel Beachtung zu schenken. Zahlen, nichts als Zahlen! — Sag es ja doch wie ein träber Hauch über allem, was heute in diesem Saal vorging.

Onno, der sonst mit seinem glänzenden Geist, wichtigen Tones seine Gegner niederwarf und wie ein zürnender Zeus donnerte, er war heute still, und nachdenklich ruhte sein schönes Haupt auf seiner Hand.

Woran dachte er? Wir wissen es. Oben auf der Zuschauertribüne sah ein hübsches Mädchen von distinguirtem Keuzeren. Ihr Gesicht war bleich, ihre hellen Augen leuchteten. Jetzt blickte einer der Deputirten zu ihr hinauf, sie nickte ihm unheimlich zu. Es war ein Aristokrat vom wohlgeordneten Schickel bis zur Sohle. Man sah es den beiden auf den ersten Blick an, daß sie sich liebten. So blickt nur die Liebe.

Und gerade in diesem Moment fuhr Onno aus seinen Träumereien auf, sein Hallenauge gewahrte sie, sie oben auf der Zuschauertribüne. O Onno, armer Onno!

Und wie tief hatte er Hildegard geliebt! In einem Moment der heißen Liebesbegeisterung hatte er ihr zugeschworen, daß er ihr Alles zu Gefallen thun würde, was sie von ihm verlange. — Hildegard erwiderte ihm, daß sie — ihm nur ihre Freundschaft widmen könne. Ihr Herz gehöre Kurt von Felsenstein und weil sie auf Onnos eble Freundschaft vertraue, bitte sie ihn — ihren Beliebten zu schonen, ihn mit seiner Redegewalt nicht zu zermalmen, denn Kurt von Felsenstein wolle in der Staatsberatung reden. Und dieses Versprechen hatte er Hildegard gegeben und nun rebete der Rival, der Hildegards Herz gewonnen.

Nachdem Kurt geendet, glaubten Alle, daß jetzt Onnos gewaltige Stimme ertönen werde. Aber sie ertönte nicht, ein dankbarer Blick flog aber von der Zuschauertribüne herunter zu dem großen edlen Manne, die Bänke unten leerten sich, die Deputirten gingen hinaus in die glänzenden Restaurationsräume und —

— (kann während der eintönigen Staatsberatungen fortgesetzt werden).

Eine Parlamentsgeschichte.

(Aus „Im Glanzlicht der Weltstadt“. Von P. Giesbert.)

Im Papierkorbe einer befreundeten Zeitung fand ich folgende Epistel:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie werden mit mir zweifellos darin übereinstimmen, daß uns Frauen ein großer Theil der Zeitungslektüre dadurch verkümmert wird, daß die Kammerdebatten mit ihren schrecklichen Staatsberatungen zu viel Raum in Anspruch nehmen. Wenn im Abgeordnetenhaus die Haushaltsgeschichten beginnen, dann werden uns armen Leserinnen die Spalten in den Zeitungen, in denen soviel Interessantes stehen könnte, geraubt.

Wenn ich die großen Spalten überschau, die mit der Ueberschrift beginnen „Preussischer Landtag“, dann ist es mir zu Muth, als müßte ich stundenlang durch unsern märkischen Sand gehen oder ein Wohlthätigkeitskonzert anhören. Keine Abwechslung, nicht Erfrischendes, nur ab und zu heißt es in Klammern: „Sehr gut rechts“ — „Daho links“ — „Weiterkeit“ — „Allgemeine Weiterkeit“ — „Bravo im Centrum“ und wenn man dann hinsieht, dann ist es am Ende ebenso eintönig wie das andere und irgend eine Anspielung auf eine Kommissionsberatung („Kommissionsberatung“, dieses Weiterkeitstündende Wort schon!) oder einen Gesetzentwurf aus dem Jahre 1834, von dem selbst mein weiser Mann keine Ahnung hat, oder eine Eigenthümlichkeit der hannoverschen Kreisordnung, die mir, so schön auch die Stadt Hannover ist, ganz gleichgültig bleibt.

Ich wollte mich in diesen Tagen nun davon überzeugen, woran es denn liegt, daß die Sache für uns so uninteressant ist, und ging mit einer guten Freundin, die auch (erschrecken Sie nicht, Herr Redakteur!) schriftstellerisch sehr veranlagt ist, in das Abgeordnetenhaus am Dönhofs-Platz.

Durch mehrere finstere Gänge, an einer großen Küche vorbei, deren Duft verrieth, daß die Abgeordneten auch Menschen sind, wie alle Andern, und essen, gut essen wollen, gelangen wir auf die Tribüne A. — Nun kann ich Ihnen sagen, Herr Redakteur! daß ich jetzt weiß, an wem die Schuld liegt, daß die Kammerverhandlungen so wüstenhaft dbe erscheinen. Ich werfe hiermit der ganzen Berichterstattung den Fehdehandschuh hin. — Sie ist schuld, wenn die Sache nicht amüsant ist. Lassen Sie uns Frauen einmal erst über die Kammerverhandlungen schreiben, so wie wir es uns denken, dann sollen Sie sehen, was daraus wird. Ich kann es leider nicht, ich habe es noch nie probirt, aber meine Freundin, wie gesagt, die

schriftstellerisch sehr veranlagt ist und schon als sechzehnjähriges Mädchen einen Romanzkyklus „Die neuen Zehngebore“ geschrieben und außerdem dem Schauspielhause zwei Stücke eingereicht hat, hat sofort die Idee ergriffen und einen Parlamentsbericht in belletristischer Form abgefaßt. Sie ist zu schätzern, um ihre Arbeit selbst anzubieten. Gestatten Sie, daß ich Ihnen diesen Bericht überreiche. Sie werden schon erkennen, worin die Neuheit der ganzen Idee besteht. Während die Zeitungen in der trockensten Manier konstatieren, daß der und jener bei der Staatsberatung zu allgemeiner Verwunderung das Wort nicht ergriffen, hat meine Freundin mit dem richtigen Blick einer Belletristin sofort das Geheimniß, das dahinter steckt, erfasst. Ich hoffe, Sie werden der Arbeit meiner Freundin, deren Namen ich noch verschweigen will, in Ihrem werthen Blatte Raum geben und bin

mit Hochachtung

Ihre eifrige Leserin.“

Das Manuskript aber lautete:

„Durch die Straßen der Residenz pfliff ein herblicher Wind. Das Asphaltpflaster spiegelte einen grauen Himmel wieder, die Konkulture der vorüberfahenden Pferdebahnen hüllten sich fester in ihre Mäntel, die Fußgänger eilten stumm an einander vorüber, sie begrüßten sich kaum. Von der J.-Straße bogen jetzt zwei Männer in den D.-Platz ein, die zweifellos bedeutende Persönlichkeiten sein mußten, denn ab und zu blickte einer der Passanten stehen und blickte ihnen nach oder lästete wohl gar den Hut.“

Der ältere von den beiden war ein Greis, dessen ehrfurchtgebietendes Gesicht jetzt zu dem jüngeren emporsah, sein Genosse übertrug ihm um Haupteslänge.

„Werden Sie heute reden, lieber Kollege?“ fragte der Greis den jüngeren mit sanfter, einschmeichelnder Stimme.

„Nein,“ antwortete der Gefragte dumpf, ein Seufzer entrang sich seiner Brust und seine hohe Gestalt schauerte zusammen. Es mußte ein schweres Geheimniß sein, das in diesem „Nein“ sich Luft machte.

Der ältere sah seinen Kollegen, auf dessen hochragender Gestalt ein ausdrucksvoller, schöngechnittener Kopf saß, kopfschüttelnd von der Seite an und murmelte etwas wie er ist mir unverständlich“ in seinen dünnen silbergrauen Bart.

So gingen sie beide in den Palast, der den Beratungen der Volksvertreter diente; die Diener verbeugten sich tief vor ihnen.

Der schöne hochgewachsene Mann wurde augenscheinlich von seinen Kollegen, die in dem prunkenden Beratungsaal

Der Konkre-Weineids-Prozess Bette und Genossen gelangte am Donnerstag-Abende bis zum Schlusse der Beweisaufnahme und begannen am Freitag die Vernehmung...

Eine Anzahl von Schaufensterdiebstählen gelangte gestern zur Kenntniss der ersten Strafkammer dieses Landgerichts 1. Auf der Anklagebank nahmen, aus der Haft vorgeführt, Blag: 1) der Handlungscommis Gustav Adolph Otto...

P. Die vielfach verbreitete Unsitte, welche glühende Asche in hölzernen Behältern aufzubewahren, hat die Veranlassung zu einer gestern vor der Strafkammer II wegen fahrlässiger Brandstiftung verhandelten Anklagesache...

Wegen Beleidigung des Amtsrichters Höflich in Meiningen hatte sich gestern auf die von demselben erhobene Privatklage der Redakteur des politischen Theils des „Berliner Tageblatts“ Dr. Bornow vor der sechsten Strafkammer...

Plauen, 24. März. Heute Vormittag 9 Uhr ist vor der 1. Strafkammer des Königl. Landgerichts hier ein Fall zur Verhandlung gekommen, welcher die weiteste Verbreitung verdient...

Röln, 25. März. Der Schuhmacher Nikolaus Schäfer, seine Ehefrau Margarethe, geborene Ferry, und die Schloßstellenvermietlerin Witwe Theodora Schaffrath, alle drei von hier, waren gestern vor der Strafkammer der Verurteilung...

Vereine und Versammlungen.

be. Die öffentliche Generalversammlung der Schlosser und Berufsgenossen, welche am Donnerstag, den 26. d. M., Abends, in Keller's Lokal, Andreasstraße 21, unter Vorsitz des Herrn Riethe tagte, war sehr gut besucht...

Fabrik von C. Schulz, Lindenstr. 105 vollständig einverstanden und erkennt die Forderungen der Kollegen dieser Fabrik als voll und ganz gerechtfertigt an...

Der Bezirksverein der arb. Bevölkerung des S.W. Berlins hielt am Dienstag, den 24. März cr. eine außerordentliche Sitzung in Riethe's Salon, Kommandantenstraße 71/72 ab, in welcher der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Krohn, einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über Sanitätswesen hielt...

Der Verein der Japsfegener Deutschlands hielt am Donnerstag Abend bei Stratwell eine außerordentlich reich besuchte Versammlung ab. Herr Dr. Sturm eröffnete dieselbe mit der Mitteilung, daß die Versammlungen fortan präzis beginnen und mit einem populären sanitären oder naturphilosophischen Vortrage eingeleitet werden würden...

Der Bezirksverein des werktätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt tagte am Dienstag, den 24. März, in Riethe's Lokal, Schönhauser-Allee 161. Herr Riethe hielt einen Vortrag über: „Reduktion und Konsumtion“, welcher von der Versammlung mit großem Interesse verfolgt wurde...

Burg bei Magdeburg. Der Unterstützungsverein der Schuhmacher hielt am Montag, den 23. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher Herr B. Pappe aus Berlin und Herr J. Glaser aus Magdeburg als Referenten erschienen waren...

Alle diejenigen Mitglieder der ehemaligen Maschinenbau- und Metallarbeitergewerkschaft, die ihren Verpflichtungen spätestens bis ult. November 1884 nachkommen sind, werden auf die am Sonntag, den 29. März, Vormittags 10 Uhr, im Wedding-Bau, Müllerstraße 178, stattfindende Mitgliederversammlung der Vereinigung deutscher Metallarbeiter, Mitglieder der Berliner I., bezugs Empfangnahme der neuen Statutenbücher aufmerksam gemacht...

Zwei öffentliche Versammlungen der Tischler finden am Sonntag Vormittag 10 Uhr statt. 1. Im „Deutschen Kaiser“, Lothringersstraße 37; 2. bei Wermann, Dammstraße 13. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Die Stellennahme einer Anzahl Berliner Tischlermeister zu unseren Minimallohnarbeiten, und was thun wir dagegen?

Im Faßverein der Schmelde wird am Montag Abend (Bretterlokal Stratwell'sche Bierhallen) Herr Kehler einen Vortrag über Unfallversicherung halten. Da dieses Thema für die Kollegen von großer Wichtigkeit ist, so ist zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste, Meister sowohl als Gesellen, sind stets willkommen.

